

ZUSAMMEN HANDELN!

GEGEN RASSISTISCHE HETZE UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Kampagne „Zusammen handeln- gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung“

Stendaler Straße 4

10559 Berlin

Presse AG

Mail: kampagne_zusammen_handeln@gmx.de

An die Leiter der Ressorts

Lokales / Berlin / Überregional

Berlin, 24. 10. 2012

Presseerklärung

Gedenken an die Ermordung der Sinti und Roma verpflichtet für die Gegenwart und Zukunft!

„Die Einweihung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma durch die Bundesregierung ist bereits im Vorfeld durch Bundesinnenminister Friedrich zur bloßen Alibiveranstaltung diskreditiert worden. Wer den Sinti und Roma aus Serbien und Mazedonien auf kriminalisierende Art und Weise die Beanspruchung des Rechts auf Asyl als ‚Ausnutzen unseres Systems‘ ‚Mißbrauch‘ unterstellt oder solche Stimmungsmache unwidersprochen hinnimmt, schürt und bestärkt antiziganistische und rassistische Vorurteile gegen sie. Das längst überfällige Gedenken an die durch die Nazis ermordeten Sinti und Roma als Mahnung und Verpflichtung für diese und kommende Generationen durch die Bundesregierung droht so zum heuchlerischen Akt zu verkommen“, erklärt der Sprecher der Kampagne „Zusammen handeln - gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung, Dirk Stegemann, anlässlich der heutigen Denkmaleinweihung. Stegemann weiter:

Dem ohnehin mehr oder weniger erzwungenen, verspäteten nun endlich aber auch öffentlichen Gedenken an die Verbrechen an den Sinti und Roma durch die Nazis wird somit ein „Bärendienst“ erwiesen. Das Agieren von Friedrich und Co. beweist aber auch, dass es keine tatsächliche Aufarbeitung der Verbrechen an Sinti und Roma und der rassistischen sowie sozialdarwinistischen Hintergründe ihrer Akzeptanz nach 1945 gegeben hat und wie notwendig diese aber ist. Diskriminierungen, Kriminalisierungen, Verfolgung und Ausgrenzung wurden fortgesetzt. Symptomatisch hierfür steht die Weiterbeschäftigung der für Verbrechen zuständigen Nazis in Behörden und die Übernahme verschiedener Institutionen der Verfolgung, die dann über die Anerkennung als Verfolgte des Nazi-Regimes und Entschädigungen befinden durften. Verfolgungsmaßnahmen aus der Zeit vor März 1943 wurden so selbst durch den Bundesgerichtshof bis Mitte der 60er Jahre über die Zuschreibung negativer Eigenschaften wie ‚asozial‘ und ‚kriminell‘ auf die gesamte Bevölkerungsgruppe legitimiert und festgeschrieben sowie ein rassistischer Hintergrund gelegnet. Folge war die überwiegende Ablehnung der Entschädigungsanträge.

Gedenken, Mahnung und Verpflichtung nicht zuletzt den überlebenden Sinti und Roma gegenüber bedeutet, die systematische Diskriminierung, Kriminalisierung und Prekarisierung von Roma endlich als traurige Tatsache in den meisten Ländern Europas zur Kenntnis zu nehmen und damit als Asylgrund anzuerkennen. Abschiebungen in eine ungewisse und teils lebensbedrohliche Zukunft müssen umgehend gestoppt werden. Statt Antiziganismus und Rassismus in Deutschland und europaweit zu bekämpfen, betreiben Bundesinnenminister Friedrich und weitere Politiker_innen und Medienvertreter_innen derzeit aber Hetze gegen Asylbewerber_innen aus Mazedonien und Serbien. Auch wenn Friedrich tunlichst vermeidet von Roma zu sprechen, weiß er ganz genau, dass sie es sind, die aus Serbien und Mazedonien aufgrund ihrer rassistischen Ausgrenzung und institutionellen Diskriminierung fliehen. Damit befördert der Bundesinnenminister eine gesellschaftliche Stimmung, die bereits Anfang der 1990er Jahre Nährboden für An- und Übergriffe von Rassist_innen und Neonazis auch auf Roma war. Auch jetzt soll wieder ein angeblich ‚massiver Zustrom‘ gestoppt werden. Asylbewerber_innen werden als ‚Asylbetrüger_innen‘ diffamiert und kriminalisiert bzw. ein ‚Asylmissbrauch‘ und die ‚massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme‘ unterstellt. Und das, obwohl die Fakten eine andere Sprache sprechen. Wer so Gedenken, Mahnung und Verpflichtung mit Füßen tritt, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des rassistischen Problems und kann kein/e Bündnispartner_in im Kampf gegen den Antiziganismus sein.“

Anmerkung: Der in der Rede des Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit erwähnte Boxer, Johann (Rukeli) Trollmann, wurde nach neuesten Forschungsergebnissen des AK "Marginalisierte-gestern und heute" vor seiner Ermordung 1944 in Wittenberge im Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg eingesperrt und auf Antrag des Leiters Ende 1935 zwangssterilisiert.